

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

Heidenau, Coesfeld, Weissach, Lübeck, Freital, Nauen, Berlin – die Liste der Orte, an denen gegen Flüchtlinge demonstriert wird, Gewalt gegen Menschen stattfindet oder neu geschaffene Notunterkünfte zerstört werden, wird jeden Tag länger. Wieder einmal wird Angst geschürt mit dem Argument, „die Fremden“ überlasteten die bereits ohnehin strapazierten Gemeinden und Kommunen sowie das deutsche Sozialsystem und gefährdeten die „deutsche“ Kultur sowie die öffentliche Ordnung. Diese Gewalt – verbal und physisch – in den digitalen Medien und auf der Straße – richtet sich gegen Flüchtlinge, gegen „die da oben“, die „Lügenpresse“, sogenannte „Gutmenschen“ und macht die Notwendigkeit einer besseren und vor allem humanitären Einwanderungspolitik sichtbar. Vor dem Hintergrund der dramatischen Entwicklungen sind Meldungen, dass geflüchtete bzw. flüchtende Frauen während ihrer Flucht und in Flüchtlingsunterkünften häufig Opfer von Übergriffen sind, dass es Debatten darüber gibt, geflüchteten Kindern die Schule zu verwehren oder rassistische Gewalt durch staatliche Behörden stattfindet, fast zu Randnotizen geworden. Dies zeigt, wie schnell der Blick von einem Krisenherd zum nächsten gerichtet wird ohne eine tiefgehende Betrachtung der Probleme.

Dies gilt auch für das Thema unseres aktuellen Heftes: Mit dem Schwerpunkt Osteuropa betrachten wir eine Region, die noch vor einigen Monaten die Medien beherrschte. Die Unabhängigkeitsbewegung in der Ukraine, die Annexion der Krim, der Krieg in der Ostukraine und die Frage, welche Rolle die EU und die Nato einerseits und Russland andererseits bei der Zuspitzung des Konfliktes übernommen hatten, waren lange Gegenstand der medialen Berichterstattung. Wie diese Entwicklungen sich eigentlich auf die Geschlechterverhältnisse auswirkten, wurde jedoch auch hier höchstens am Rande problematisiert. Mit Beiträgen zu Geschlechterrollen und -stereotypen bei der Euromaidan Revolution, zur politischen Bedeutung feministischer Literaturwissenschaft in Polen und zur Rolle von Gender-Expertinnen beim EU-Beitrittsprozess Kroatiens stellen wir diese Frage in den Mittelpunkt. Die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts holten aber auch uns ein: Eine ukrainische Autorin sah sich gezwungen, einen zugesagten Artikel zurückziehen, da sie sich mitten im Krieg außerstande sah, ihn fertigzustellen. Bzgl. der Umsetzung der EU-Gleichstellungspolitik in den Ländern Mittel- und Osteuropas zeigen die Beiträge des Schwerpunkts Altbekanntes: Häufig hängt die konkrete Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit wieder einmal mehr von der Durchsetzungsfähigkeit der lokalen Frauenbewegungen ab, die schon die Lücke des sich zurückziehenden Sozialstaats füllen müssen. Es bedarf weiterer Analysen, die nicht nur die formale Implementation der EU-Gleichstellungsstandards, sondern auch die konkrete Ausgestaltung von policies in den Blick nehmen.

Die EU-Gleichstellungspolitik, die lange Zeit für viele Länder als gleichstellungspolitischer Motor galt, wird in den Rubriken Tagespolitik und Neues aus Lehre und Forschung aufgegriffen. Ein Beitrag setzt sich mit der Zukunft der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union auseinander, ein weiterer mit Geschlechtergerechtigkeit in der EU-Wissenschaftspolitik. Nach dem Wahlsieg von Syriza in Griechenland im Januar 2015 und der Bildung einer Koalition mit der rechtsnationalistischen Partei Anel haben Feministinnen die Unterrepräsentanz von Frauen in der neuen Regierung kritisiert. Inwieweit sich dies auch auf die geschlechterpolitischen Inhalte der griechischen Regierung auswirkte, wird in der Rubrik Tagespolitik analysiert. Ein weiterer Artikel zeigt auf, dass Forderungen der internationalen Frauenfriedensbewegung, die vor 100 Jahren aufgestellt wurden, nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Thema ist zudem das österreichische Bettelverbot, das mit einer Kriminalisierung sowie mit geschlechterpolitisch problematischen Stereotypisierungen der Bettler_innen verbunden ist. Schließlich erläutert eine Analyse der Diskurse rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen in Österreich, dass sowohl der Kampf gegen den „Genderismus“ als auch anti-muslimischer Rassismus zu neuen Allianzen zwischen ideologisch teils gegensätzlich ausgerichteten Gruppierungen führen.

Im Forum erläutert der Dokumentarfilmer Dan Dansen bestehende strukturelle Diskriminierungen im Bereich der elektronischen Musik und zeigt, wie queere Räume in diesem Feld erkämpft werden. In einem weiteren Beitrag geht es um die Entgeltungleichheit in zwei Dienstleistungssektoren – Finanzen/Versicherungen und Gesundheit – in denen Frauen die Mehrzahl der Beschäftigten stellen.

Die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, das die Möglichkeiten von befristeten Arbeitsverträgen in der Wissenschaft einerseits so weit ausgedehnt hat, dass Kurzzeitverträge ohne Planungssicherheit zum Alltag geworden sind, andererseits aber mit seiner Restriktion auf eine 12-jährige Beschäftigungsdauer nicht selten die berufliche Laufbahn abrupt abbrechen lässt, wird in der Rubrik Neues aus Lehre und Forschung diskutiert. Ein weiterer Artikel zeigt, wie Diversitätspolitik an der University of California in Berkeley als hochgradig vernetzter und wenig hierarchischer Ansatz verankert werden konnte, der auch als ein mögliches Best-Practice-Beispiel für Hochschulen im deutschen Sprachraum gelten kann.

Wie immer sind in diesem Heft auch eine Vielzahl von lesenswerten Rezensionen zu finden sowie Hinweise auf Neuerscheinungen.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre!

Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2016 Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen

2/2016 20 Jahre Vertrag von Amsterdam – europäische Gleichstellungspolitik revisited